



LAND BRANDENBURG



Datenschutzinformation über die Verarbeitung von personenbezogenen Daten

hier: Anhörungsverfahren (Planfeststellung)

I. Name und Anschrift des Verantwortlichen

Verantwortlich für die Verarbeitung personenbezogener Daten in Zusammenhang mit dem Anhörungsverfahren im Sinne des § 43a Gesetz über die Elektrizitäts- und Gasversorgung (Energiewirtschaftsgesetz - EnWG) ist das

Landesamt für Bergbau, Geologie und Rohstoffe
- Dezernat 41 –
Inselstraße 26
03046 Cottbus

vertreten durch seinen Präsidenten,
Herrn Sebastian Fritze.

E-Mail: lbgr@lbgr.brandenburg.de
Tel.: 0355 48640 100
Internet: www.lbgr.brandenburg.de

II. Kontaktdaten der behördlichen Datenschutzbeauftragten

Frau Karina Pulz
E-Mail: Karina.Pulz@lbgr.brandenburg.de

III. Datenverarbeitung

1. Präambel

Nachfolgend möchte Sie das Landesamt für Bergbau, Geologie und Rohstoffe (LBGR) über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten und die Ihnen in diesem Zusammenhang zustehenden Rechte informieren. Die Verarbeitung von personenbezogenen Daten durch das LBGR steht immer im unmittelbaren Zusammenhang mit der Wahrnehmung seiner öffentlichen Aufgaben.

2. Personenbezogene Daten

Personenbezogene Daten sind Informationen, die sich auf eine identifizierte oder identifizierbare natürliche Person beziehen. Im Rahmen des Anhörungsverfahrens verarbeiten wir insbesondere die folgenden Kategorien von Daten, sofern Sie diese angeben:

- Ihren Namen und Vornamen
- Ihre E-Mail-Adresse
- Ihre postalische Adresse
- Kommunikationsdaten

3. Rechtsgrundlagen und Zweck

Ihre eingereichten Stellungnahmen bzw. Einwendungen samt der darin enthaltenen personenbezogenen Daten werden zunächst zum Zwecke der Informationssicherung für das weitere Verfahren, insbesondere im Rahmen der Erstellung des Planfeststellungsbeschlusses nach § 43b EnWG verarbeitet. Ihre personenbezogenen Daten werden zudem verarbeitet, um Ihre Zugangsberechtigung am Erörterungstermin überprüfen zu können.

Rechtsgrundlage der Verarbeitung ist Art. 6 Abs. 1 lit. e, Abs. 3 der Europäischen Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) in Verbindung mit § 43a EnWG i.V.m. § 73 Abs. 4 und 6 Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG) Abs. 4 u. 5 sowie § 43b EnWG i.V.m. § 74 VwVfG.

Sollten Sie die Angaben nicht machen, hat dies zur Folge, dass Sie nicht individuell über den Erörterungstermin nach § 43a Nr. 3 EnWG benachrichtigt werden können. Zudem können Sie Ihre Teilnahmeberechtigung am Erörterungstermin nicht nachweisen.

4. Dauer der Speicherung Ihrer Daten

Ihre personenbezogenen Daten werden im Einklang mit Art. 17 DSGVO so lange gespeichert, wie das LBGR gesetzlich zur Speicherung verpflichtet ist oder das LBGR Ihre Daten für die unter Ziffer 3 genannten Zwecke benötigt. Anschließend werden Ihre Daten gelöscht, soweit nicht gesetzliche Aufbewahrungsfristen entgegenstehen.

5. Weitergabe der Daten

Die Einwendungen und Stellungnahmen sind dem Vorhabenträger und den von ihm Beauftragten zur Verfügung zu stellen, um eine Erwiderung zu ermöglichen (§ 43a Nr. 2 EnWG). Sie können auch an Träger öffentlicher Belange weitergegeben werden sowie im Einzelfall an vom LBGR beauftragte Dritte (Auftragsverarbeiter), welche diese bei der Vorbereitung und Durchführung der Verfahren unterstützen. Dies können beispielsweise Dienstleistungsunternehmen sein welche bei der Sortierung und Auswertung eingegangener Stellungnahmen behilflich sind. Durch entsprechende vertragliche Vereinbarungen (im Sinne von Art. 28 DSGVO) mit dem LBGR wird sichergestellt, dass diese Unternehmen datenschutzrechtliche Bestimmungen beachten.

Auf Verlangen des Einwenders sollen dessen Name und Anschrift unkenntlich gemacht werden, wenn diese zur ordnungsgemäßen Durchführung des Verfahrens nicht erforderlich sind (§ 43a Nr. 2 EnWG).

IV. Ihre Rechte als von der Verarbeitung betroffene Person

Ihnen stehen wegen der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten insbesondere folgende gesetzliche Rechte zu:

1. Recht auf Auskunft

Hinsichtlich der von Ihnen durch das LBGR verarbeiteten personenbezogenen Daten haben Sie gemäß Art. 15 DSGVO das Recht auf kostenfreie Auskunft insbesondere über:

- die Verarbeitungszwecke,
- die Kategorien personenbezogener Daten, die verarbeitet werden,
- die Empfänger oder Kategorien von Empfängern, gegenüber denen die personenbezogenen Daten offengelegt worden sind oder noch offengelegt werden,
- die geplante Speicherdauer bzw. die Kriterien für die Festlegung der Speicherdauer,
- die Herkunft der Daten, wenn diese nicht von dem LBGR bei Ihnen erhoben worden sind.

Es gelten jeweils die in § 11 des Brandenburgisches Datenschutzgesetz (BbgDSG) bzw. die in § 24 des Berliner Datenschutzgesetz (BlnDSG) geregelten Ausnahmen von diesem Recht.

2. Recht auf Berichtigung

Gemäß Art. 16 DSGVO haben Sie das Recht auf unverzügliche Berichtigung Sie betreffender unrichtiger personenbezogener Daten sowie gegebenenfalls das Recht auf Vervollständigung Ihrer bei uns gespeicherten unvollständigen Daten.

3. Recht auf Löschung

Gemäß Art. 17 DSGVO haben Sie das Recht, die Löschung Ihrer personenbezogenen Daten zu verlangen, wenn die Voraussetzungen des Art. 17 Abs. 1 DSGVO vorliegen. Dieses Recht besteht aber gemäß Abs. 3 zum Beispiel dann nicht, wenn die Verarbeitung der Daten zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung, aus Gründen des öffentlichen Interesses oder zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen erforderlich ist. Es gelten die in § 9 BbgDSG bzw. die in § 25 BlnDSG geregelten Ausnahmen von diesem Recht.

4. Recht auf Einschränkung der Verarbeitung

Das Recht auf Einschränkung der Verarbeitung gemäß Art. 18 DSGVO beinhaltet die Möglichkeit für den Betroffenen, eine weitere Verarbeitung der ihn angehenden personenbezogenen Daten vorläufig zu verhindern, wenn die Voraussetzungen des Art. 18 Abs. 1 vorliegen, z.B. solange eine Prüfung entgegenstehender Rechte des Betroffenen noch andauert.

5. Widerspruchsrecht

Wenn und soweit das LBGR Ihre personenbezogenen Daten für die Wahrnehmung einer im öffentlichen Interesse liegenden Aufgabe oder zur Wahrung von berechtigten

Interessen verarbeitet (Art. 6 Abs. 1 lit. e und f DSGVO), haben Sie das Recht, aus Gründen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, dieser Verarbeitung nach Art. 21 DSGVO zu widersprechen. Machen Sie von Ihrem Widerspruchsrecht Gebrauch, verarbeitet das LBGR die Sie betreffenden personenbezogenen Daten nicht mehr, es sei denn, sie kann zwingende schutzwürdige Gründe für die Verarbeitung nachweisen, die Ihren Interessen, Rechten und Freiheiten überwiegen, oder die Verarbeitung dient der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen. Das Recht auf Widerspruch besteht gem. § 13 BbgDSG nicht, soweit an der Verarbeitung ein zwingendes öffentliches Interesse besteht, das die Interessen der betroffenen Personen überwiegt, oder eine Rechtsvorschrift zur Verarbeitung verpflichtet.

6. Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde

Gemäß Art. 77 DSGVO haben Sie — unbeschadet anderer Rechtsbehelfe — das Recht auf Beschwerde bei der zuständigen Aufsichtsbehörde, wenn Sie der Ansicht sind, dass die Verarbeitung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten gegen geltendes Recht verstößt.

Für das LBGR ist als Aufsichtsbehörde zuständig:

Die Landesbeauftragte für den Datenschutz und
für das Recht auf Akteneinsicht (LDA Brandenburg)

Tel.: 033203 356-0

Fax: 033203 356-49

E-Mail: Poststelle@LDA.Brandenburg.de

Internet: <https://www.lda.brandenburg.de>